

Steuerfreie Millionäre?

01.01.1997

Die Medien, vor allen Dingen das Fernsehen, haben uns in letzter Zeit wieder die Problematik öffentlicher Abgaben vor Augen gehalten. Ziel der Kritik ist die angebliche Steuerfreiheit von Millionären. Bei solchen Publikumssendungen sind dies hauptsächlich politische Verlautbarungen und befriedigen das Selbstdarstellungsbedürfnis unserer Politiker. Ab Mitte links sind dies Volltreffer gegenüber Einkommenssteuerpflichtigen Mitte rechts und die Hauptstossrichtung trifft auf einfache und bestechende Weise.

Die Steuern, das Abgabenrecht, ist eine hoch komplizierte Materie, welche für öffentliche Diskussionen dieser Art ungeeignet ist. Die Steuerliteratur der Schweiz umfasst eine kleinere Bibliothek, wobei alleine die Standardwerke für ein paar Monate Studium bieten. Für viele Juristen mit abgeschlossenen Hochschulstudium ein schwerer Brocken. Über dieses Gebiet auf Laienebene zu diskutieren, ist schwierig.

Eine solche Plenumsrunde ist möglich, wenn sie als einfache Diskussion gedacht ist mit dem Ziel, den Zuhörer zu orientieren. Beispiel aus einer anderen Disziplin : Ärzte diskutieren über Kinderkrankheiten und versuchen, die Eltern damit aufzuklären. Oder : Steuerjuristen diskutieren über die Steuererklärung und versuchen dabei, dem Zuhörer die Steuererklärung zu erläutern. Eine solche Plenumsrunde ist aber unmöglich, wenn sie zugleich der politischen Profilierung dient. Öffentliche Diskussionen in komplexen Sachbereichen führen nicht an das Ziel.

Der Schweizer als politisch mündiger Bürger ist durch die vertiefte Demokratie immer wieder mit höchst schwierigen Fragen in den Abstimmungen konfrontiert. Der EWR-Beitritt kommt mir hier als letztes in den Sinn. Eine Volksabstimmung über einen Staatsvertrag von mehreren hundert Seiten überfordert den Stimmenden. Die Entscheidung folgt den vereinfachten Argumenten der Votanten. Nicht der Sachentscheid zählt, sondern das am besten verkaufte Argument.

Zurück zum Steuerrecht. Teilweise kennen einige Kantone öffentliche Steuerregister. Man sieht, wer wie viel verdient. Ich frage mich, ob dies eine sinnvolle Lösung ist. Das Datenschutzgesetz zwingt den Staat zur Diskretion, die öffentlichen Register führen zum Gegenteil. Ist es überhaupt richtig und wichtig zu wissen, was der Nachbar versteuert?

Weiter müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass die Steuerfaktoren ein mathematisches Ergebnis sind. Das steuerbare Einkommen und Vermögen sind das Endergebnis einer ganzen Vielzahl von Faktoren. Alle diese einzelnen Faktoren liegen verschiedensten Steuerelementen zugrunde, welche dann letztendlich zu einer leistungsbezogenen Besteuerung führen sollen. Unsere Steuergesetze sind jahrzehntelang gewachsene Strukturen, welche eine sehr differenzierte und gerechte Besteuerung zur Folge haben. Das Baselstädtische Steuergesetz stammt aus dem Jahre 1949 und geht in der Wurzel zurück bis ins letzte Jahrhundert. Zahlreiche Gesetzesrevisionen tragen der laufenden Entwicklung unserer Wirtschaft und des Rechtssystems Rechnung.

Diese Steuersysteme führen in sehr weiten Bereichen zu einer gerechten Besteuerung, wobei die stark zunehmende Belastung höherer Einkommen hier nicht unerwähnt bleiben darf. Eine solche Steuersystematik soll für eine Vielzahl von Steuerpflichtigen gerecht sein. Mit dem Anspruch, alle Fälle gleich zu behandeln, kann es schon einmal vorkommen, dass für einzelne Steuerpflichtige das Endergebnis nicht "gerecht" ist, oder nicht gerecht im Sinne einiger sich profilierender Politiker. Solche publikumsträchtigen Verlautbarungen beleidigen unser Steuersystem. Ich glaube, dass die vorgetragenen

Beispiele (steuerfreie Millionäre) in der Besteuerung richtig sind. Es kann vorkommen, dass Steuerpflichtige mit Vermögen für eine Steuerperiode kein Einkommen haben. Würde hier ein Steuertatbestand der pauschalen Einkommenssteuer für Vermögende eingeführt, würde dies zu anderen und grösseren Steuerungerechtigkeiten führen. Zudem bin ich der Überzeugung, dass solche Situationen selten sind und nicht der Regel entsprechen. Es gibt Schätzungen, dass 1/5 der Steuerpflichtigen über die Hälfte der Steuerzahlungen erbringen. Aufgrund der steigenden Steuerbelastung bei zunehmendem Einkommen führt dies zu diesem Ergebnis und ist Bestandteil der Steuergerechtigkeit und des sozialen Friedens. Wir wollen diese Errungenschaften nicht durch Pauschalurteile auf das Spiel setzen.

Basel, im Januar 1997 Dr. Iur B. Madörin, Treuhandexperte.